



Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

II-3330 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
DVR: 0000019

Zl. 353.110/115-I/6/91

11. September 1991

Herrn
Präsidenten des Nationalrats
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 W i e n

1525IAB
1991 -09- 12
zu 1529J

Die Abgeordneten zum Nationalrat ANSCHÖBER, Freunde und Freundinnen haben am 12. Juli 1991 unter der Nr. 1529/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Schaffung eines kernenergiefreien Mitteleuropas sowie Auftragsbewerbungen und Ausfuhren österreichischer Unternehmen im Kernenergiebereich gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Beruht die Änderung der Zielsetzung auf einem Mißverständnis oder ist es Ihrer Meinung nach vereinbar einerseits als Ziel die Schaffung eines kernenergiefreien Mitteleuropas anzugeben, und andererseits ein möglichst hohes Sicherheitsniveau von Kernanlagen erreichen zu wollen?
2. Welche Umsetzungsmöglichkeiten für die Schaffung eines kernenergiefreien Mitteleuropas sehen Sie, wenn dies nicht im Einflußbereich Österreichs liegt?
3. Sind Sie bereit, die Einsetzung eines "Anti-Atom-Weisenrates" zu initiieren, der alle kernenergiefreien und ausstiegswilligen Staaten Europas umfaßt, und gemeinsame Möglichkeiten oder Vorgangsweisen hinsichtlich eines kernenergiefreien Europas sondiert, berät und zu realisieren versucht?

- 2 -

4. Wenn ja, bis wann würden Sie erste Gespräche mit den betreffenden Staaten aufnehmen?
5. Werden Sie, nachdem österreichische Unternehmen sich um Aufträge in Kernkraftwerken bewarben und bewerben, und nachdem Aufträge aus Kernkraftwerken von österreichischen Unternehmen ausgeführt werden, dahingehend initiativ, daß derartige Aktivitäten in Hinkunft nicht mehr möglich sind, beziehungsweise die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen werden?
6. Werden Sie jedenfalls dahingehend initiativ, daß derartige Aktivitäten in Hinkunft meldepflichtig sind?
7. Wenn ja, welchen Zeitrahmen setzen Sie dafür?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Bezugnehmend auf die zitierte schriftliche Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 1028/J betreffend EG/EURATOM vom 8. Juli 1991 möchte ich zunächst feststellen, daß in der Haltung der österreichischen Bundesregierung bezüglich der Schaffung eines AKW-freien Mitteleuropas keine Änderung eingetreten ist. Eine realitätsbezogene Politik muß jedoch die Tatsache zur Kenntnis nehmen, daß in Anbetracht von weltweit über 400 in Betrieb befindlichen Kernkraftwerken ein rascher und vollständiger Verzicht auf die Energieproduktion aus Kernspaltung nicht denkbar ist. Eine der Sicherheit der österreichischen Bevölkerung und dem Umweltschutz verpflichtete Politik muß daher die Strategie verfolgen, einerseits grundsätzlich auf den Ausstieg aus der Kernkraft zur Energiegewinnung hinzuarbeiten und andererseits auf ein höchstmögliches Sicherheitsniveau bei den bestehenden Kernkraftwerken zu dringen.

Zu Frage 2:

Obwohl energiewirtschaftliche und energiepolitische Entscheidungen der jeweiligen nationalen Souveränität unterliegen, eröffnen bilaterale Kooperationsprojekte einerseits und die Mitwirkung in internationalen Organisationen

- 3 -

andererseits die Möglichkeit, österreichische Interessen einzubringen. Im übrigen verweise ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 1028/J.

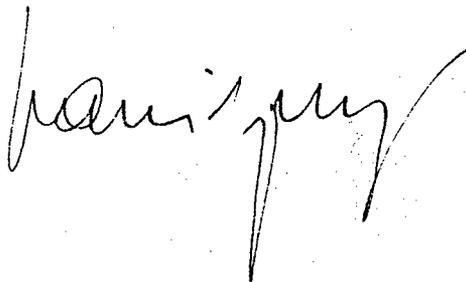
Zu den Fragen 3 und 4:

Die österreichische Bundesregierung unterhält bereits jetzt einschlägige Kontakte zu den Regierungen sogenannter "like minded"-Staaten. Eine Institutionalisierung dieser informellen Kontakte erscheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt als wenig zielführend und ist daher auch nicht beabsichtigt.

Zu den Fragen 5 bis 7:

In Ansehung der Politik der österreichischen Bundesregierung, den staatlichen Einfluß auf Österreichs Wirtschaft weiter zurückzunehmen, stünde es der österreichischen Bundesregierung schlecht an, massiv - wie in der Anfrage gefordert - auf unternehmerische Entscheidungen einzuwirken. In jenen Bereichen, in denen die Technologieentwicklung der österreichischen Wirtschaft in volkswirtschaftlichem Interesse durch die öffentliche Hand unterstützt wird, wird jedoch auf die ablehnende Haltung der österreichischen Bundesregierung und der österreichischen Bevölkerung zur Kernkraft Bedacht genommen.

Von diesen grundsätzlichen Überlegungen unberührt sind die Verpflichtungen Österreichs im Rahmen des Atomwaffensperrvertrags zur Kontrolle von Nuklearexporten, denen selbstverständlich vollinhaltlich entsprochen wird.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Kainz', with a long, sweeping flourish extending to the right.